

BREXITNEWS

Aktuelle Informationen zum Austritt des
Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union



Herausgegeben vom DIHK | Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Breite Straße 29 | 10178 Berlin-Mitte | Telefon 030 20308-0 | Fax 030-20308-1000
Redaktion: Mathias Dubbert | E-Mail: dubbert.mathias@dihk.de | www.dihk.de

Inhaltsverzeichnis

Thema des Monats	2
Der Einfluss des Brexit auf den Finanzmarkt	2
Wichtige Entwicklungen	3
Online-Brexit-Checkliste für Unternehmen bereits mehr als 11.000 Mal aufgerufen	3
Brexit und Zoll – DIHK und Partner initiieren Veranstaltungsreihe mit dem BMF	3
Parteitag der Labour Partei in Liverpool: Neues Referendum als Option	3
Informelles Gipfeltreffen in Salzburg am 20.09.2018	3
EU erhöht den Druck: Deadline für Brexit-Vereinbarung bis Mitte Oktober	4
May dementiert Gerüchte über Neuwahlen.....	4
Juncker äußert sich zu Brexit-Verhandlungen in seiner Rede zur Lage der EU	4
Europäisches Parlament plant Fortsetzung von Förderungsprogrammen in Nordirland.....	4
Leiter der Bank of England spricht sich für einen geregelten Brexit aus.....	5
Brexit-Verhandler Dominic Raab äußert sich zum No-Deal Szenario.....	5
Europäisches Parlament über Registrierungspläne von EU Bürgern beunruhigt	5
Zivilgesellschaftliche Akteure fordern Ende der Unsicherheit in Brexit-Verhandlungen.....	5
Europäische Sicherheitspolitik nach dem Brexit	6
Schwedische Ministerin Annika Söder äußert sich zu Brexit-Verhandlungen.....	6
Hintergrundmaterial	7
IWF-Bericht betont die drastischen Auswirkungen eines No-Deal Brexits.....	7
EU-Kommission veröffentlicht Brexit-Notices auf Deutsch	7
Britische Regierung veröffentlicht letzte Tranche ihrer No-Deal-Notices	7
Deutsches Aktieninstitut veröffentlicht Positionspapier zum Brexit.....	7
Hessische Landesbank veröffentlicht Finanzplatzstudie zum Brexit.....	8
May plant Investitionen in alternatives Satellitensystem.....	8
Dies und Das	9
Großbritanniens Brexit-Geheimwaffe: französischer Käse.....	9
Boris Johnson lässt sich scheiden	9
Labour Partei zeigt sich in Feierlaune.....	9
Volkswirtschaftliche Kennzahlen Großbritannien	10

Thema des Monats

Der Einfluss des Brexit auf den Finanzmarkt

Der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU wird weitreichende Auswirkungen auf die europäische Wirtschaft haben. Aufgrund der herausragenden Bedeutung des Finanzstandortes London ist insbesondere der Sektor der Finanzdienstleistungen durch den Brexit betroffen. Nicht ohne Grund wollen europäische Finanzstandorte wie z. B. Frankfurt, Paris oder Amsterdam Finanzdienstleister und Geschäft von der Themse auf das Festland holen.

Ein Blick auf [die Zahlen](#) macht dabei die Bedeutung des Brexits für den britischen Finanzdienstleistungssektor deutlich: Der Anteil an Finanzdienstleistungen machte im Jahr 2017 etwa 126 Milliarden Pfund beziehungsweise 6,5 % des britischen Wirtschaftsaufkommens aus. Der Sektor gehört damit zu den acht größten der OECD-Länder. Weiterhin sind über 1,1 Millionen Arbeitsplätze vom Finanzdienstleistungssektor abhängig.

Durch die Freiheit von Kapital und Dienstleistungen bietet der Europäische Binnenmarkt die Möglichkeit, Finanzdienstleistungen länderübergreifend mithilfe eines sog. Europäischen Passes anzubieten. Beim aktuellen Stand der Brexit-Verhandlungen ist von einem Wegfall des britischen Zugangs zum Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen auszugehen. Sollten die Austrittsverhandlungen sich weiter verzögern oder gar ein ungeregelter Brexit erfolgen, so wären betroffene britische Banken gezwungen, alle Geschäfte innerhalb der EU27 auf eine bestehende oder neuzugründende Tochtergesellschaft in der EU zu verlagern. Einige große europäische Banken haben diese Schritte bereits angekündigt.

Zudem sorgen bisher ungeklärte Fragen in den Gebieten des Derivatehandels, der Clearingaktivitäten und des Datenschutzes derzeit für Unsicherheit. Dies hat insbesondere Auswirkungen auf Unternehmen. Aktuell werden weltweit 95 % der außerbörslichen Zinsderivate (von denen 29 % in Euro denominiert sind) über eine sog. zentrale Gegenpartei (Central Counterparty, CCP) in London gehandelt. Wenn das Vereinigte Königreich nur noch ein Drittstaat ist, sind beispielsweise bei der Abwicklung der Geschäfte über Clearingstellen EU-Banken zu einer höheren Eigenkapitalunterlegung bei der Risikovorsorge verpflichtet. Eine höhere Eigenmittelbindung verkleinert allerdings den Spielraum der Banken bei Kreditausreichungen und erhöht zugleich die Finanzierungskosten der Unternehmen.

Im Hinblick auf die deutlichen Konsequenzen, die der Brexit auf den Verkehr von Finanzdienstleistungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich hat und in Anbetracht Londons als globales Finanzzentrum, ist ein Folgeabkommen nach dem Brexit im Interesse der Wirtschaft.

Bis zum Brexit am 30. März 2019 sind es nur noch knapp sechs Monate. Deutsche Unternehmen sollten aus diesem Grund dringend prüfen, ob und welche Anpassungen ihrer Geschäftsbeziehungen im Zuge des Brexit erforderlich sind. Die Online-[Checkliste des DIHK](#) bietet Unternehmen die Möglichkeit zu prüfen, welche weiteren Themen in Vorbereitung auf den Brexit zu beachten sind.

Wichtige Entwicklungen

Online-Brexit-Checkliste für Unternehmen bereits mehr als 11.000 Mal aufgerufen

Volker Treier, Außenwirtschaftschef des DIHK, [äußerte](#) sich am 19.09.2018 zu den gravierenden Verschlechterungen, die aufgrund des Brexits im Warenverkehr zu erwarten seien. Deutsche Unternehmen seien dabei stark über mögliche Auswirkungen des Austritts der Briten verunsichert. Die vom DIHK erarbeitete [Brexit-Checkliste](#) wurde demnach innerhalb weniger Wochen mehr als 11.000 Mal aufgerufen. Der DIHK rät Unternehmen eindringlich, sich auf alle Szenarien des Brexit vorzubereiten.

Brexit und Zoll – DIHK und Partner initiieren Veranstaltungsreihe mit dem BMF

Um Unternehmen eine zusätzliche Hilfe bei [Zollfragen](#) anzubieten, hat der DIHK mit Partnerverbänden die Veranstaltungsreihe „Brexit und Zoll“ ins Leben gerufen. Diese macht seit Mitte September in sechs Industrie- und Handelskammern (IHK) deutschlandweit und beim DIHK in Berlin Station. Ziel der Veranstaltung ist es, Unternehmensvertreterinnen und -vertreter über die zolltechnischen Konsequenzen des Brexits zu informieren. Hierzu sind hochkarätige Referenten des Bundesministeriums der Finanzen und der Generalzolldirektion (GZD) geladen.

Parteitag der Labour Partei in Liverpool: Neues Referendum als Option

Die oppositionelle Labour Partei [signalisiert](#) im Rahmen ihres Parteitages, der am 26.09.2018 in Liverpool endete, dass sie sich alle Optionen offenhalten möchte, sollte ein möglicher Brexit Deal der Regierung vom Parlament abgelehnt werden. Parteivorsitzender Jeremy Corbyn fordert in einem solchen Fall sofortige Neuwahlen und betont Regierungsverantwortung übernehmen zu wollen. Weiterhin schließt er ein erneutes Brexit-Referendum nicht aus.

Informelles Gipfeltreffen in Salzburg am 20.09.2018

Das informelle [Gipfeltreffen](#) der EU-Staats und Regierungschefs am 20.09.2018 in Salzburg hat keinen neuen Schwung in die Brexit-Verhandlungen gebracht. In Reaktion auf die kritische mediale Berichterstattung sprach sich die britische Premierministerin, Theresa May, gegen ein zweites Brexit-Referendum und für eine Verlängerung der Verhandlungen aus. Großbritannien habe mit dem im Juli vorgelegten [White Paper](#) genug Verhandlungsbasis geschaffen. Sie wünsche sich nun von EU-Seite weitere Vorschläge für die Verhandlungen. Weiterhin akzeptiere sie ein No-Deal Szenario, sollte dies eine Abwendung eines schlechten Deals mit der EU bedeuten. Die EU hat wiederholt betont, dass die Vorschläge der Briten nicht realisierbar seien.

EU erhöht den Druck: Deadline für Brexit-Vereinbarung bis Mitte Oktober

Die Europäische Union hält den [Zeitdruck](#) bei den Brexit-Verhandlungen hoch und will einen Durchbruch bis Mitte Oktober. Für die Knackpunkte, wie eine feste Grenze zwischen dem EU-Staat Irland und Nordirland vermieden werden kann sowie ein Freihandelsabkommen nach Maßgabe des EU-Binnenmarktes ausgehandelt werden kann, zeichnete sich auch beim informellen Ratsgipfel in Salzburg keine Lösung ab. Doch kündigte Premierministerin Theresa May neue Vorschläge an. Verhandelt wird über ein Abkommen, das den für 2019 angekündigten Brexit regeln und eine Übergangsfrist bis Ende 2020 festlegen soll. Nach Ansicht von EU-Ratspräsident Tusk wird der EU-Gipfel am 18. und 19. Oktober der Augenblick der Wahrheit sein. Dann werde man bewerten, ob es genügend Fortschritt bei den Verhandlungen gebe.

May dementiert Gerüchte über Neuwahlen

Im Rahmen des informellen Sondergipfels in Salzburg sind Gerüchte einer möglichen Neuwahl in Großbritannien aufgekommen. May wolle sich demnach in Anbetracht der feststehenden Brexit-Verhandlungen den nötigen Rückhalt der Wähler sichern. Bereits wenige Stunden nach der Meldung [dementierte](#) May die Gerüchte.

Juncker äußert sich zu Brexit-Verhandlungen in seiner Rede zur Lage der EU

Im Rahmen der [Rede](#) zur Lage der Europäischen Union am 12.09.2018 hat sich EU-Kommissionspräsident Juncker zu den Brexit-Verhandlungen geäußert. Dabei konstatiert er drei Leitungsgrundsätze, die in den fortlaufenden Verhandlungen Relevanz besitzen. Die Europäische Union akzeptiere die Entscheidung der Briten zum Austritt, könne die Illusion der britischen Verhandlungsführer, auch nach dem Brexit die Vorteile einer Mitgliedschaft beizubehalten, dennoch nicht aufrecht halten. Weiterhin fordert Juncker die Erarbeitung einer kreativen Lösung, um eine harte Grenze in Nordirland zu vermeiden. Als dritten Leitungsgrundsatz betont er trotz ambitionierter Verhandlungen die enge Verbundenheit der Europäischen Union zu Großbritannien, die auch nach dem Austritt im März 2019 Bestand behalten soll.

Europäisches Parlament plant Fortsetzung von Förderungsprogrammen in Nordirland

Das Europäische Parlament [begrüßte](#) Mitte September das Vorhaben der Europäischen Kommission, auch nach dem Brexit die regionale Förderung in Nordirland fortzusetzen. Es sei notwendig die PEACE und Interreg Programme beizubehalten, da diese in besonderem Maß zu einer friedvollen Entwicklung in Nordirland beitragen würden. So soll die regionale Förderung auch nach 2020 auf einem adäquaten Level bleiben und mittelfristig im EU-Haushaltsbudget 2021-2027 aufgenommen werden. Zusätzlich sprechen sich Mitglieder des Europäischen Parlaments für eine Förderung der Bildungsarbeit in Nordirland im Rahmen des Erasmus+ Programms aus.

Leiter der Bank of England spricht sich für einen geregelten Brexit aus

Der Leiter der Bank of England, Mark Carney, [befürwortet](#) am 04.09.2018 einen sanften Brexit und eine effektive Übergangszeit. Bereits in der Vergangenheit hat Carney vor den negativen Effekten eines Brexits auf die britische Wirtschaft gewarnt und war so vor allem vom Pro-Brexit Lager kritisiert worden. Carney äußert sich nun konkret zu den Auswirkungen, die ein No Deal-Brexit Szenario haben könnte. Sollte der britische Handel mit der EU lediglich unter die Bestimmungen der Welthandelsorganisation (WTO) fallen, sei es wahrscheinlich, dass der Anstieg der Gehälter und der Inflationseffekt das Realeinkommen der britischen Haushalte für einige Jahre vermindern würde.

Brexit-Verhandler Dominic Raab äußert sich zum No-Deal Szenario

Der britische Brexit-Verhandler Dominic Raab [betonte](#) am 29.08.2018, dass ein No-Deal Brexit Szenario die Briten aus den finanziellen Verpflichtungen Großbritanniens entlassen würde. Viele Briten liebäugeln mit der Option die Austrittszahlung von 39 Milliarden Pfund zu umgehen, sollte es zu einem No-Deal Brexit kommen. Weiterhin fordern Konservative, britische Verhandlungsführer sollten das Zahlen der „Ausstiegsgebühr“ mit einem Zustandekommen eines für Großbritannien vorteilhaften Handelsabkommen koppeln.

Europäisches Parlament über Registrierungspläne von EU Bürgern beunruhigt

Mitglieder der Brexit Steering Gruppe äußern in einem [Statement](#) am 16.08.2018 ihre Beunruhigung über einen Plan des britischen Innenministeriums zur Registrierung von EU 27 Bürgern nach dem Brexit. Dieser sieht vor, Bewerbungen von dauerhafter Aufenthaltserlaubnis von EU Bürgern nach alphabetischer Reihenfolge zu bearbeiten. In dem Statement unterstreicht die Parlamentariergruppe ihre Besorgnis über ein solches Verfahren, das kompliziert und willkürlich sei und weiterhin unnötige Verwirrung und Unsicherheit stiften würde. Bürgerinnen mit Anordnung am Ende des Alphabets würden so erst Ende 2020 oder später Informationen zu ihren Anträgen erhalten.

Zivilgesellschaftliche Akteure fordern Ende der Unsicherheit in Brexit-Verhandlungen

Interessensgruppen der in Großbritannien lebenden Ausländer, the3million, und der im Ausland lebenden Briten, British in Europe, [äußern](#) sich am 03.09.2018 in einem offenen Brief an Brexit-Chefverhandler Barnier und Raab ihre Sorge über einen möglichen „No-Deal“ Ausgang der Brexit Verhandlungen. Die Gruppen British in Europe und the3million fordern die Verhandlungsführer auf, ein vorläufiges Abkommen zu Bürgerrechten in einem internationalen Vertrag unabhängig vom Ausgang des Brexits zu etablieren.

Europäische Sicherheitspolitik nach dem Brexit

Der Ausstieg der Briten aus der Europäischen Union hat nicht nur für die europäische bzw. britische Wirtschaft erhebliche Auswirkungen – auch im Bereich der [Sicherheitspolitik](#) ist mit Veränderungen zu rechnen. Großbritannien ist mit seinem ständigen Sitz im UN Sicherheitsrat sowie seinen Verteidigungskapazitäten eine erhebliche Kraft in der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Ohne die Briten wäre die Europäische Union aus sicherheitspolitischer Sicht schwächer aufgestellt. Die Regierung in London hat jedoch bereits angekündigt, weiterhin eng im Bereich der Sicherheitspolitik mit der Europäischen Union zu kooperieren.

Schwedische Ministerin Annika Söder äußert sich zu Brexit-Verhandlungen

Die schwedische Staatssekretärin für auswärtige Beziehungen, Annika Söder, [betont](#) vor einem Treffen der EU Außenminister in Wien am 30.08.2018 den Wunsch nach einem sanften Brexit. Aus ihrer Sicht schadet der Brexit beiden Verhandlungspartnern. In Bezug darauf halte sie weiterhin an der Hoffnung nach einem Verbleib der Briten in der Europäischen Union. Sowohl von europäischer als auch schwedischer Perspektive würde man Großbritannien als einen engen Partner sehen.

Hintergrundmaterial

IWF-Bericht betont die drastischen Auswirkungen eines No-Deal Brexits

Im jährlichen [Bericht](#) zur Situation der britischen Wirtschaft verdeutlicht der Internationale Währungsfonds die drastischen Auswirkungen, die ein No-Deal Brexit auf die Wirtschaft Großbritanniens haben würde. Dabei betont der Fond insbesondere die bestehenden Probleme, die bis März 2019 gelöst werden müssten. Eine Übergangszeit sei demnach essentiell, um ernsthafte wirtschaftliche Erschütterungen und erhebliche Kosten zu umgehen. Die Reduzierung von Zöllen und Handelsbarrieren wäre für Großbritannien, als auch für die EU von Vorteil und würde das Wachstum und Einkommen in Großbritannien und in der EU sichern. Der Bericht erkennt schon jetzt eine deutliche Flaute der britischen Wirtschaft seit dem Brexit Referendum.

EU-Kommission veröffentlicht Brexit-Notices auf Deutsch

Die EU-Kommission hat ihre [Mitteilungen \(Notices\)](#), die konkrete Vorschläge zur Vorbereitung für die Zeit nach dem Brexit enthalten nun auf Deutsch veröffentlicht. Diese betreffen eine Reihe von Sektoren wie Energie, Finanzdienstleistungen, Binnenmarkt, Industrie und Zölle. Im Rahmen dieser Mitteilungen stellt die Kommission die durch den Brexit hervorgerufenen Änderungen für Unternehmer in Großbritannien und der EU dar.

Britische Regierung veröffentlicht letzte Tranche ihrer No-Deal-Notices

Ebenso wie die Europäische Kommission hat die britische Regierung am 23.09.2018 die letzte Tranche ihrer [Mitteilungen \(Notices\)](#) in Bezug auf die Auswirkungen eines unregulierten Brexit herausgegeben. Diese betreffen wie ihr europäisches Pendant u. a. Bereiche wie Transport, Umweltschutz, Persönliche Daten und Reisen zwischen Großbritannien und der EU.

Deutsches Aktieninstitut veröffentlicht Positionspapier zum Brexit

Das Deutsche Aktieninstitut veröffentlicht ein [drittes Positionspapier](#) zu den aktuellen Brexit-Verhandlungen und macht dabei an den Beispielen Zölle und Produktzulassung sowie Derivate und Datenschutz deutlich, was Unternehmen zur Lösung der Probleme durch den Brexit selbst tun können. Insbesondere im Fall eines harten Brexit sind Unternehmen auf die Unterstützung von europäischen beziehungsweise deutschen Gesetzgebern angewiesen. Ohne staatliche Begleitmaßnahmen ist laut Positionspapier ein Übergang in die Post-Brexit Ära nicht reibungsfrei zu bewerkstelligen. In Hinblick auf die schwindende Zeit bis zum Austrittstermin der Briten sowie auf die vielen offenen Fragen, hat sich das Deutsche Aktieninstitut für Übergangsregelungen und praxisnahe Lösungen eingesetzt, um die durch den Brexit drohenden Schäden für die europäischen Volkswirtschaften zu mindern.

Hessische Landesbank veröffentlicht Finanzplatzstudie zum Brexit

Die hessische Landesbank hat eine [Finanzplatzstudie](#) zum Brexit mit dem Titel: „Finanzplatz Frankfurt – Koffer packen bei Brexit-Banken“ veröffentlicht. Aus dieser geht Frankfurt als zukünftig erste Adresse für Brexit-Banken hervor und reiht sich dabei noch vor Paris, Dublin oder Luxemburg ein. 25 Brexit-Banken werden ihren Hauptsitz nach Frankfurt verlagern und ihre Mitarbeiterzahl in Frankfurt verdoppeln. Dies bedeutet einen Zuwachs von etwa 8.000 neuen Finanzjobs in Frankfurt durch den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union.

May plant Investitionen in alternatives Satellitensystem

Großbritanniens Premierministerin May [kündigte](#) am 29.08.2018 Investitionen von 92 Millionen Pfund in ein alternatives Satellitensystem an, sollte Großbritannien nicht zufriedenstellend in das europäische Satellitenprojekt „Galileo“ mit einbezogen werden. Großbritannien habe den Wunsch auch weiterhin im europäischen Projekt involviert zu bleiben, die Teilnahme an Sicherheitsdiskussionen und Vertragsabschlüssen sei jedoch Grundvoraussetzung für eine weitere Kooperation.

Dies und Das

Großbritanniens Brexit-Geheimwaffe: französischer Käse

Nicht nur die Grenze in Irland stellt die Brexit-Verhandlungen vor Herausforderungen, auch der Schutz der Europäischen Union von [Feinkost-Marken](#) bereitet Schwierigkeiten. Laut EU-Verordnung dürfen Kultlebensmittel wie italienischer Parmaschinken oder französischer Roquefort nur von Produzenten aus der Ursprungsregion oder durch ein authentisches Verfahren hergestellt und als solche Produkte deklariert werden. Das System der geographischen Indikation, kurz GI, beschützt dabei einen erheblichen Anteil an agrarwirtschaftlichen Exportwerten, insbesondere aus Ländern mit kulinarischen Versuchungen wie Italien, Spanien oder Frankreich. Die EU streitet nun mit den Briten zu diesem Kennzeichnungssystem. So haben die Briten angekündigt, ein eigenes GI System einzuführen, das entsprechende EU Güter nicht anerkennen würde. Alle von der EU produzierten GI Güter müssten demnach erneut ein britisches Verfahren durchlaufen.

Boris Johnson lässt sich scheiden

Nicht nur Großbritannien und die EU gehen bald getrennte Wege. Passend zu den aktuellen politischen Entwicklungen lässt sich der britische Ex-Außenminister Boris Johnson von seiner Frau Marina Wheeler nach 25 Jahren Ehe [scheiden](#). Doch eine neue Partnerin lässt laut The Sun nicht lange auf sich warten: Johnson wird eine Beziehung zur Ex-Beraterin Carrie Symonds nachgesagt.

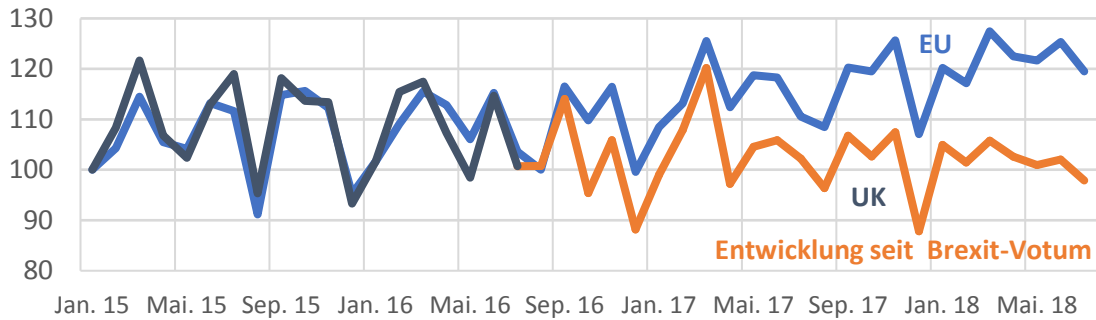
Labour Partei zeigt sich in Feierlaune

Bei der traditionellen [Karaoke Party](#) des letzten Parteitages zeigen sich führende Mitglieder der Labour Partei in bester Laune. Stellvertretender Gruppenleiter Tom Watson war dabei unanfechtbarer Gewinner der Veranstaltung mit einer Performance von „Ruby“ von den Kaiser Chiefs.

Volkswirtschaftliche Kennzahlen Großbritannien

Deutsche Ausfuhren nach Großbritannien

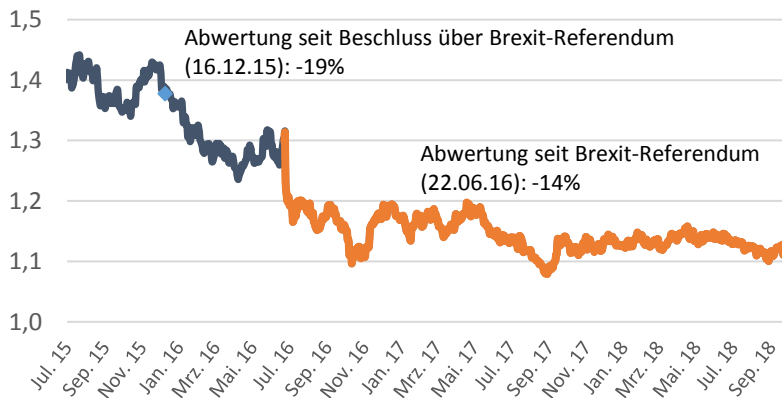
(01/15=100, Monatswerte; [Quelle: DeStatis](#), eigene Berechnungen)



DIHK-Kommentar: Der Rückgang der deutschen Exporte nach Großbritannien setzt sich fort. Die Ausfuhren fielen im ersten Halbjahr um 3% schwächer aus als im Vorjahreszeitraum. Für die EU ergibt sich hingegen ein Plus von 6%. Bereits in den letzten beiden Jahren waren die Exporte nach Großbritannien deutlich gesunken (2017: -1,7%, 2016: -3,5%). Dementsprechend ist Großbritannien auf der Liste der wichtigsten Handelspartner im letzten Jahr von Platz drei auf Platz fünf abgerutscht.

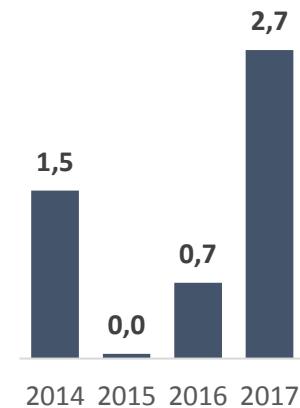
Wechselkurs Pfund - Euro

(Quelle: [finanzen.net](#); Stand: 26.09.18)



Inflation

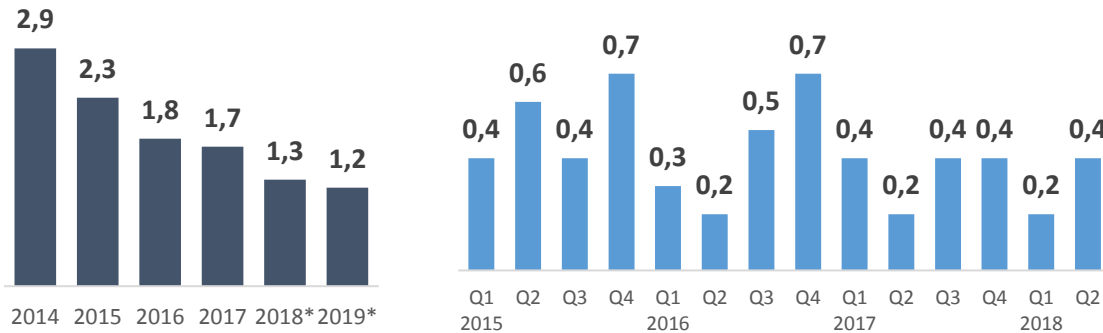
(Quelle: IMF)



DIHK-Kommentar: Die Unsicherheiten um den weiteren Verlauf der Brexit-Verhandlungen belasten den Pfundkurs weiterhin. Dies verteuert Importprodukte und führt zu höheren Einkaufspreisen für Unternehmen in Großbritannien sowie zu weniger Konsumspielräumen für Verbraucher. Die Inflation erreichte im letzten Jahr 2,7%. Gleichzeitig werden britische Exportprodukte günstiger und damit preislich wettbewerbsfähiger.

Bruttoinlandsprodukt Großbritannien

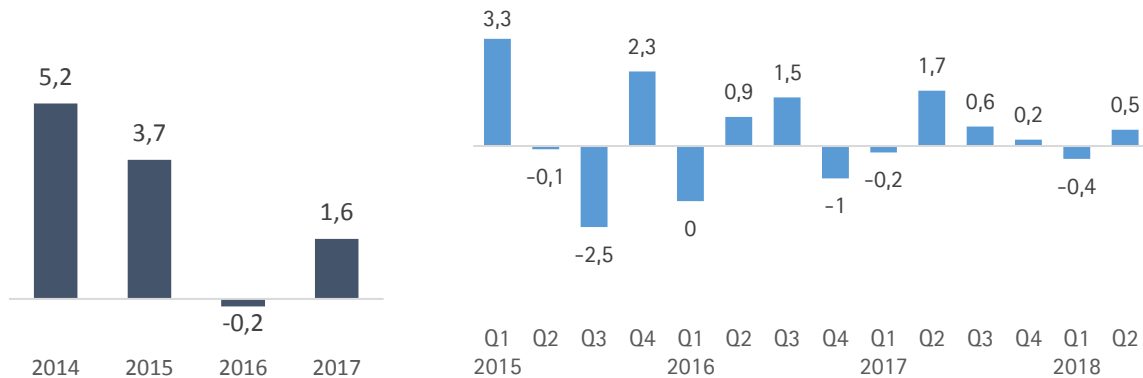
(Veränderung ggü. Vorjahr bzw. Vorquartal in %; saison- und preisbereinigt; Quelle: [Office for National Statistics UK](#); *OECD-Prognose)



DIHK-Kommentar: Nach einem schwachen Jahresstart hat das Wachstum im zweiten Quartal wieder angezogen. Für den weiteren Jahresverlauf rechnet die OECD jedoch nur mit einem BIP-Zuwachs von 1,3%. Damit fällt das Wachstum weiter unterdurchschnittlich aus (OECD-Prognose für die EU: 2,0).

Gewerbliche Investitionen Großbritannien

(Veränderung ggü. Vorjahr bzw. Vorquartal in %, saison- und preisbereinigt; Quelle: [Office for National Statistics UK](#))



DIHK-Kommentar: Die Unternehmensinvestitionen haben sich zuletzt erholt. Teilweise stellt dies vermutlich eine Gegenreaktion auf den Rückgang im ersten Quartal dar. 2017 sind die gewerblichen Investitionen weitaus schwächer gewachsen als in den Jahren vor dem Brexit (Durchschnitt 2010 - 2015: 5%). Die Unsicherheit über das unternehmerische Umfeld nach dem Brexit, dürfte Unternehmen weiterhin vorsichtig agieren lassen.



Informationen direkt aus London erhalten Sie auch auf der Homepage der [Deutsch-Britischen AHK](#).

Weitere Informationen finden Sie beim [Bundesministerium für Wirtschaft und Energie](#):

Brexit-Hotline: 030-340 6065 61, E-Mail: brexit@buergerservice.bund.de

Das könnte Sie auch interessieren – DIHK Trade News:

<https://www.dihk.de/themenfelder/international/info/trade-news>